

Existenzen bedroht Asyl: Verband will Kontingent für Kosovo -Roma

VON MICHAEL KASPEROWITSCH

NÜRNBERG — Als „schrecklich , scheinheilig und ungerecht“ empfindet Erich Schneeberger , Vorsitzender des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma , die gegenwärtige Asyl -Diskussion über Flüchtlinge aus dem Westbalkan . Meist handelt sich dabei um Roma . Ihnen droht eine schnelle Abschiebung. Schneeberger rät dringend dazu , eine Kontingentlösung in Deutschland für diese Minderheit zu finden .

Schneeberger erinnerte in einem Gespräch mit unserer Zeitung an die besondere Verantwortung Deutschlands für diese Gruppe. Während des Zweiten Weltkrieges waren im westlichen Balkan auch Roma Opfer des NS-Völkermordes. Der Sinto warnte davor, den Kosovo jetzt, wie geplant, zu einem sicheren Herkunftsland zu erklären. Das werde wenig an der Situation ändern.

Es gehe überhaupt nicht darum, so der Verbandsvorsitzende, dass lediglich arme Menschen aus dieser Region in Deutschland ihr Heil suchen, vielmehr seien die Lebensumstände dort menschenunwürdig und lebensbedrohlich. „Es gibt im Kosovo für Roma, für sogenannte Aschkali und Balkan-Ägypter praktisch keine Arbeit, kaum Wohnungen, und der Hunger ist weit verbreitet, viele seien gezwungen, auf der Straße zu leben“, betonte Schneeberger, „solche Diskriminierungen im Kosovo sind Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention.“ Nach dem Balkankrieg seien Häuser für diese Minderheit nicht in dem Maß wieder aufgebaut worden, wie zum Beispiel für Kosovo-Albaner oder Kosovo-Serben.

Er gibt zu bedenken, dass im Kosovo nur diejenigen Angehörigen der Minderheit überleben können, die Unterstützung aus Westeuropa erhalten. Je mehr von diesen Menschen wieder zurückgeschickt würden, desto mehr müssten den Kosovo wieder verlassen. Viele würden unter den gegebenen Umständen in die Illegalität gezwungen. Dieser unglückselige Kreislauf müsse unterbrochen werden. „Die haben keine Chance, in ihrer Heimat Fuß zu fassen.“

Nach einer Studie der Gesellschaft für bedrohte Völker, auf die Schneeberger verwies, lebten vor zehn Jahren noch 35 000 ausreisepflichtige Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter aus dem Kosovo in Deutschland. Gegenwärtig seien noch etwa 7000 registriert. Im Kosovo selbst, so die Studie, ist die Zahl aber kaum gestiegen. Die überwiegende Mehrheit lebe also „illegal“ irgendwo in Westeuropa, oder die Betroffenen hätten in serbische Slums ausweichen müssen.

Teils gut integriert

Besonders für die rund 7000 Roma, die zum Teil schon viele Jahre mit einer Duldung und teils gut integriert in Deutschland lebten, hält Erich Schneeberger eine Kontingentlösung für dringend geboten. Auch sie seien von der Abschiebung bedroht.

Unterdessen wurde bekannt, dass das bayerische Aufnahmезentrum in Ingolstadt, das der Freistaat speziell für Balkanflüchtlinge eingerichtet hat, stark erweitert wird. An einem weiteren Standort sollen zusätzlich 400 Asylbewerber untergebracht werden. Insgesamt ist in Ingolstadt nun Platz für 2000 Menschen aus Südosteuropa, die meist keine Chance auf ein Bleiberecht in Deutschland haben und deren Verfahren in den neuen Einrichtungen schnell abgewickelt werden sollen. In Bamberg nimmt in der kommenden Woche ein zweites solches Zentrum die Arbeit auf.

Im Zusammenhang mit der Kontingenzlösung, die er vorschlägt, erinnerte Erich Schneeberger an eine ähnliche Regelung für etwa 200 000 Juden und zwei Millionen Russlanddeutsche aus den GUS-Staaten. Serbien oder Kosovo sollten seiner Meinung nach außerdem nur Geld von der EU bekommen, wenn sie die Lebensbedingungen der Minderheiten in ihrem Land entscheidend verbessern.

Deutlich warnte er davor, dem Klischee zu verfallen, alle Roma seien potenzielle Bettler, „die Menschen wollen Beschäftigung finden und ihren Kindern eine Zukunftsperspektive bieten“. Ihm sei dabei vollkommen klar, dass Deutschland nicht alle Angehörigen der Minderheit aufnehmen könne. „Was soll man Menschen nun dort raten, die in ihrer Existenz bedroht sind?“, fragte Schneeberger.

Vor knapp einem Jahr zeigte Erich Schneeberger (Mitte) der Grünen-Politikerin Claudia Roth (vorne links) in Nürnberg das Mahnmal für die NS-Opfer unter den Sinti und Roma. Jetzt äußerte er sich zur Asyl-Debatte. Foto: Eduard Weigert

Foto: [Eduard Weigert](#)

Name der Bilddatei(en) @atex@hedata@archive@extObj@NewsCrop@1@1@3@2@20150911@0@OBJ3217
: 827_1.JPG

